

**Änderungsanträge für die Bürgerschaftssitzung am 11.05.2022 zum Haushaltssicherungskonzept  
Beschlussvorlage 2022/BV/3009**

ÄA Nr.	Einreicher	Maßnahmebezeichnung	Deckung	Bemerkungen der Verwaltung (Zentrale Steuerung/ Hauptamt)	Votum FA	Votum BS 11.05.
03						
4						
5	SPD Thoralf Sens  DIE LINKE.PARTEI Eva-Maria Kröger  BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Uwe Flachsmeyer	Wettbewerb Energiesparen in der Stadtverwaltung		Der Änderungsantrag zur Ergänzung einer weiteren Maßnahme wird von der Verwaltung in der vorliegenden Form nicht befürwortet, jedoch sehen wir eine weitere Ausstattung in der Verwaltung mit Energiesparsystemen (z.B. Bewegungsmelder) zielführend. Notwendige Büroausstattungen sollten nicht an einen Wettbewerb gekoppelt sein.	+	
6	SPD Thoralf Sens  DIE LINKE.PARTEI Eva-Maria Kröger  BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Uwe Flachsmeyer	Nutzung von Solarenergie bei Gebäuden		Der Änderungsantrag zur Ergänzung einer weiteren Maßnahme wird von der Verwaltung nicht befürwortet. Mit Beschluss des Antrages zur Erhöhung des Anteils von Photovoltaik im Energiemix der HRO (2020/AN/0952) gibt es aus Sicht der Verwaltung bereits eine aktuelle Handlungsaufforderung durch die Bürgerschaft.	+	
7	SPD Thoralf Sens  DIE LINKE.PARTEI Eva-Maria Kröger  BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Uwe Flachsmeyer	Bildung eines gemeinsamen Bauhofs für stadtwirtschaftliche Dienstleistungen		Der Änderungsantrag zur Ergänzung einer weiteren Maßnahme wird von der Verwaltung nicht befürwortet. Die Entscheidung zur Bildung eines gemeinsamen Bauhofes für stadtwirtschaftliche Dienstleistungen ist bereits getroffen und die Umsetzung befindet sich in gemeinsamer Bearbeitung durch den KOE (Projekt Nr. 1089 Wirtschaftsplan).	-	
8	SPD Thoralf Sens  DIE LINKE.PARTEI Eva-Maria Kröger  BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Uwe Flachsmeyer	Übertragung von altersbedingt freierwerdenden Stellen in einen Demografie-Stellenpool		Der Änderungsantrag zur Ergänzung einer weiteren Maßnahme wird von der Verwaltung nicht befürwortet. Die Verschiebung von frei werdenden Stellen in einen sogenannten Stellenpool ist technisch sehr aufwendig und nicht nötig. Wenn man dem Antrag folgt, so kann durch das Hauptamt auch jede dritte altersbedingt frei werdende Stelle „zur Besetzung gesperrt“ werden. Im Vorfeld muss geklärt werden, wer festlegt, welche Stellen gesperrt werden. Letztlich ist der Gesamtprozess des Antrages transparent, belastbar und frühzeitig abzustimmen und nachvollziehbar darzustellen. Die Verwaltung macht darauf aufmerksam, dass es sehr viele Stellen gibt, welche reine Dienstleistungsaufgaben haben und deshalb die Möglichkeiten der Verwaltungsmodernisierung begrenzt sind. Beispielhaft sind die „Schonbereiche“ der Feuerwehrleute, der Gärtner, der Sozialpädagogen und des Kommunalen Ordnungsdienstes usw. zu nennen. Unabhängig vom erheblichen Verwaltungsaufwand, der dann mit der Freigabe der Stellen im Zusammenhang mit einer „nachgewiesenen Verwaltungsmodernisierungsmaßnahme“ durch den Oberbürgermeister steht, ist eindeutig zu klären, was unter einer „nachgewiesenen Verwaltungsmodernisierungsmaßnahme“ zu verstehen ist. Es ist zu erwarten, dass diese Maßnahme zu einer erheblichen Erhöhung des Verwaltungsaufwandes im Hauptamt und im Kämmereiamt führt und die Einschränkung der Arbeitsfähigkeit der Verwaltung in ausgewählten Bereichen aufgrund der verzögerten Besetzung zur Folge hat.	+	

ÄA Nr.	Einreicher	Maßnahmebezeichnung	Deckung	Bemerkungen der Verwaltung (Zentrale Steuerung/ Hauptamt)	Votum FA	Votum BS 11.05.
9	SPD Thoralf Sens  DIE LINKE.PARTEI Eva-Maria Kröger  BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Uwe Flachsmeyer	Reduzierung von Büroflächen in der Verwaltung		Der Änderungsantrag zur Ergänzung einer weiteren Maßnahme wird von der Verwaltung nicht befürwortet. Der im Haushaltssicherungskonzept bereits formulierte Prüfauftrag mit der Bezeichnung "Verringerung des Bedarfes an Büroarbeitsplätzen durch Errichtung von neuen Arbeitsplatzmodellen" (P2022/006) zielt bereits darauf ab, durch konsequente Umsetzung von neuen Arbeitsplatzmodellen den Bedarf an Büroarbeitsplätzen um 20 Prozent zu reduzieren, um so zusätzliche Fremdanmietungen langfristig zu vermeiden. Sollte bspw. eine Reduzierung des Flächenbedarfs um 30 Prozent angestrebt werden, bittet die Verwaltung um eine Änderung des bestehenden Prüfauftrages.	+	
25	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Uwe Flachsmeyer  DIE LINKE.PARTEI Eva-Maria Kröger  SPD Thoralf Sens	Streichung einer Maßnahme (Prüfung der freiwilligen Leistungen und Begrenzung der Kostensteigerungen) & Umwandlung einer Maßnahme in einen Prüfauftrag (Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B auf 580 %)		Die Maßnahmen und Prüfaufträge wurden gemeinsam in der Arbeitsgruppe "Haushaltskonsolidierung" erarbeitet und diskutiert. Aus Sicht der Verwaltung sind die Maßnahmen gut begründet und sollten auch weiterhin Bestandteil des Haushaltssicherungskonzeptes bleiben. Der Änderungsantrag wird somit nicht befürwortet.	+	
26						
27						
28						
29						
30						
31						
32						
35						
36						
37						

ÄA Nr.	Einreicher	Maßnahmebezeichnung	Deckung	Bemerkungen der Verwaltung (Zentrale Steuerung/ Hauptamt)	Votum FA	Votum BS 11.05.
38						
45						
46						
47						
48						
50						
51						
52						
53						
54						
55						
61						
64						
66						
67						
68						

ÄA Nr.	Einreicher	Maßnahmebezeichnung	Deckung	Bemerkungen der Verwaltung (Zentrale Steuerung/ Hauptamt)	Votum FA	Votum BS 11.05.
76						
80						
81						
82						
83						
84						
85						
86						
87						
88						
90						
98						
99						